

Auszug aus:

Stephan Eisel

Repräsentative Demokratie oder Popularitätspopulismus

Wie der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021
zur Grundsatzfrage für die CDU wurde

Inhaltsverzeichnis

I. Zur Geschichte der Kanzlerkandidaten in der Union..... Seite 170

Wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard Kanzler wurden.....	Seite 170
Von Kurt Georg Kiesinger zu Rainer Barzel.....	Seite 172
Helmut Kohl und Franz Josef Strauß im Dauerkonflikt.....	Seite 174
Von Strauß zu Kohl.....	Seite 177
Edmund Stoiber und Angela Merkel.....	Seite 179

II. Der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021..... Seite 182

Merkels Rückzug löst die Kanzlerkandidaten-Debatte aus.....	Seite 182
Von Söders wiederholtem Kandidaturverzicht zum Konflikt mit Armin Laschet	Seite 183
Söders „Hinterzimmer“-Vorwurf.....	Seite 186
Demoskopische Popularitätswerte als Entscheidungskriterium.....	Seite 188
Populäre Kandidaten garantieren keine Wahlerfolge.....	Seite 190
Intransparenz eines medial verstärkten Basis-Mythos.....	Seite 192
Das differenzierte Bild an der CDU-Basis.....	Seite 194
Die Entscheidung für Laschet.....	Seite 195

III. Grundsätzliche Fragen..... Seite 199

Die Ambivalenz von Mitgliederbefragungen.....	Seite 199
Partei oder Fraktion?	Seite 201
Wie repräsentativ sind Parteigremien?	Seite 206
Repräsentative Demokratie statt „ungestüme Popularitätssucht“	Seite 208

II. Der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021

Bei der Bundestagswahl 2017 verlor die Union unter der Führung Merkels 8,6 Prozent der Stimmen. Der AfD gelang mit 12,6 Prozent erstmals der Sprung in den Bundestag. Merkels Versuch der Bildung einer Jamaika-Koalition scheiterte an der FDP woraufhin sich die SPD nur sehr widerwillig zur Fortsetzung der Großen Koalition bereitfand.

Zugleich hatte sich seit 2015 der Konflikt von Angela Merkel mit CSU-Chef Horst Seehofer zugespitzt. Er hatte schon 1992–1998 als Gesundheitsminister den Kabinetten von Helmut Kohl angehört und war dort Ministerkollege von Merkel gewesen. 2005 war er Landwirtschaftsminister im ersten Kabinett Mer-

44 Zit. nach WELT online, 26. August 2013, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article119372007/Bundestagswahl-2002-Als-Edmund-Stoiber-Kanzler-werden-wollte.html> (Abruf: 12. August 2025).

45 Vgl. Merkel: Freiheit, S. 284.

46 Vgl. ARD-Tagesschau vom 24. September 2002, <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1092381.html> (Abruf 15. August 2025).

47 Vgl. SWR vom 23. September 2002 mit Originaltönen von Merkel und Stoiber, <https://www.swr.de/swrkultur/wissen/archivradio/angela-merkel-kickt-2002-friedrich-merz-weg-104.html> (Abruf: 12. August 2025).

48 Vgl. Der Spiegel vom 30. Mai 2005, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-merkel-zur-kanzlerkandidatin-gekuert-a-358169.html> (Abruf: 12. August 2025).

49 Zit. nach Merkel: Freiheit, S. 293.

kel geworden, aber mit seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten am 27. Oktober 2008 ausgeschieden. Grund für den Wechsel war vor allem, dass die CSU im September 2008 erstmals seit vier Jahrzehnten bei Landtagswahlen ihre absolute Mehrheit verloren hat. Seehofer konnte sie 2013 zurückerobern.

Allerdings kündigte er im Oktober 2016 an, eines seiner beiden Ämter (Partei-vorsitzender und Ministerpräsident) nach der Bundestagswahl 2017 abgeben zu wollen, damit der CSU-Partei-vorsitzende wieder Mitglied der Bundesregierung sein könne.⁵⁰ Im März 2018 trat Seehofer dann als bayerischer Ministerpräsident zurück. Sein Nachfolger wurde Markus Söder, mit dem er seit Jahren im Dauerkonflikt gelegen hatte. Seehofer konnte so als CSU-Chef der Regierung Merkel angehören und übernahm dort das Innenministerium. Der Konflikt um die Flüchtlingsfrage, den es zwischen Merkel und Söder seit 2015 gegeben hatte, verlagerte sich nun ins Bundeskabinett.⁵¹

Merkels Rückzug löst Kanzlerkandidaten-Debatte aus

Angela Merkel erinnerte sich: „Im Herbst 2018 stand ich unter Druck.“⁵² Sie zog die Konsequenzen aus ihrem erkennbaren Autoritätsverlust und gab am 29. Oktober 2018 überraschend bekannt, dass sie beim anstehenden CDU-Bundesparteitag nicht mehr als Parteivorsitzende kandidieren werde. Sie sei aber bereit, bis zum Ende der Legislaturperiode Kanzlerin zu bleiben.⁵³ Unmittelbar zuvor hatten die CSU in Bayern und die CDU in Hessen bei Landtagswahlen zweistellige Verluste hinnehmen müssen. Mit ihrer Entscheidung führte Angela Merkel gegen ihre eigentliche Überzeugung die Trennung zwischen Kanzlerschaft und Parteivorsitz herbei: „Wie Helmut Kohl war ich davon überzeugt, dass Parteivorsitz und Kanzleramt in einer Hand sein mussten. Nur das verlieh die notwendige letzte machtpolitische Autorität – in die eine wie die andere Richtung. Wenn ich jetzt davon abwich, indem ich drei Jahre vor der Bundestagswahl verzichtete, dann nur, weil ich damit meinen Ausstieg aus der Politik einleitete. Im anderen Fall wäre eine Trennung von Parteivorsitz und Kanzleramt für mich niemals in Frage gekommen.“⁵⁴ In Merkels Erinnerungen findet sich allerdings keine Reflektion über die Folgen ihrer Entscheidung für die CDU und die Union insgesamt.

50 Vgl. FAZ online, 16. Oktober 2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/partei-und-landeschef-seehofer-will-2017-eines-seiner-spitzenaemter-aufgeben-14483495.html> (Abruf: 14. August 2025).

51 Vgl. Stationen des Konfliktes Seehofer-Merkel, in: Tagesspiegel vom 23. Juni 2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/merkel-gegen-seehofer-zerruttung-uber-14-jahre-4974343.html> (Abruf: 14. August 2025).

52 Zit. nach Merkel: Freiheit, S. 661.

53 Vgl. Pressekonferenz in der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 29. Oktober 2018 – Video, <https://archiv.cdu.de/node/31213> (Abruf: 9. August 2025).

54 Zit. nach Merkel: Freiheit, S. 661.

Beim CDU-Bundessparteitag im Dezember 2018 setzte sich im 2. Wahlgang Annegret Kramp-Karrenbauer knapp als CDU-Vorsitzende gegen Friedrich Merz durch.⁵⁵ Sie galt damit als wahrscheinlichste Kanzlerkandidatin für die Bundestagswahl 2021. Allerdings kündigte sie nach einer Regierungskrise in Thüringen, in die sich Merkel aus der Ferne eingeschaltet hatte, am 10. Februar 2020 ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur sowie den Rückzug vom Parteivorsitz an. Dabei beschrieb Annegret Kramp-Karrenbauer unmissverständlich die entstandene Lage: „Mit der Aufgabe des Parteivorsitzes durch Angela Merkel und der Trennung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz haben wir eine in der CDU geübte Praxis aufgegeben. Es hat sich bis in die jüngsten Tage gezeigt, dass damit eine ungeklärte Führungsfrage einher geht, nämlich die Frage nach der Kanzlerkandidatur. [...] Die Trennung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz, die offene Frage der Kanzlerkandidatur schwächt die CDU in einer Phase der Politik in Deutschland, in der dieses System und in der Deutschland auf eine starke CDU angewiesen ist. [...] Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur müssen aus meiner Sicht aber am Ende in einer Hand liegen. Deshalb werde ich so lange Parteivorsitzende bleiben, bis die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur getroffen ist und das Parteiamt in die entsprechenden Hände abgeben, wenn dies die Delegierten auf einem Parteitag genauso sehen.“⁵⁶

Bereits am 25. Februar 2020 gaben sowohl Armin Laschet als auch Friedrich Merz ihre Kandidatur für den CDU-Vorsitz bekannt.⁵⁷ Das wurde allgemein auch als Bewerbung um die Kanzlerkandidatur verstanden.

Von Söders wiederholtem Kandidaturverzicht zum Konflikt mit Armin Laschet

Schon in einer unmittelbaren Reaktion auf die Erklärung von Kramp-Karrenbauer erklärte der CSU-Vorsitzende Markus Söder noch am gleichen Tag im *Bayerischen Fernsehen*, nicht an einer Kanzlerkandidatur interessiert zu sein: „In Bayern ist mein Standort und mein Anker, ich bin bei den bayerischen Wählerinnen und Wählern im Wort [...]. Ich bin der festen Überzeugung, es wird

55 Im ersten Wahlgang waren 450 Stimmen auf Annegret Kramp-Karrenbauer, 329 Stimmen auf Friedrich Merz und 157 Stimmen auf Jens Spahn entfallen. Vgl. Stephan Eisel, Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

56 Zit. nach Pressekonferenz von Annegret Kramp-Karrenbauer am 10. Februar 2020, Video ntv, <https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/AKK-Jede-Annäherung-an-AfD-schwächt-CDU-article21567171.html> ((Abruf: 15. Juli 2025).

57 Vgl. FAZ online vom 25. Februar 2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/friedrich-merz-will-cdu-vorsitz-kandidat-steht-fuer-neue-partei-16650739.html> (Abruf: 16. Juli 2025). Bereits eine Woche zuvor hatte Norbert Röttgen seine Kandidatur angemeldet. Vgl. FAZ vom 18. Februar 2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/roettgen-zu-bewerbung-um-cdu-vorsitz-geht-um-zukunft-der-cdu-16639785.html> (Abruf: 16. Juli 2025).

sich jemand finden in der CDU, der unbedingt will.“⁵⁸ Eine Woche später schob Söder allerdings am 17. Februar nach einer CSU-Vorstandssitzung nach: „Wir mischen uns nicht ein natürlich, wer Parteivorsitzender der CDU wird. Das ist Sache der CDU. Aber für uns ist Folgendes klar: Der Kanzlerkandidat, der kann nur gemeinsam bestimmt werden. Vorfestlegungen, dass mit dem Parteivorsitz automatisch eine Kanzlerkandidatur verbunden sei, das geht natürlich nicht.“ Es handele sich hier um „zwei Dinge, die zu trennen sind [...]“. Wir glauben auch, dass es klug ist, die Zeitachsen zu trennen.“⁵⁹ In den Tagen danach wiederholte er mehrfach, man könne sich mit der Entscheidung über den Kanzlerkandidaten bis Anfang 2021 Zeit lassen.

Die COVID-19-Pandemie – der erste Lockdown begann am 22. März 2020 – brachte dann allerdings nicht nur die politische Agenda, sondern auch alle Zeitpläne durcheinander. Der CDU-Bundesvorstand beschloss bereits am 12. März den ursprünglich für den 25. April 2020 vorgesehenen CDU-Parteitag zu verschieben.⁶⁰ Die Frage der Kanzlerkandidatur der Union geriet in den Hintergrund, wurde aber vor allem wegen der guten Umfragewerte für Markus Söder in den Medien immer wieder thematisiert. Auch die beiden Kandidaten für den CDU-Vorsitz wurden regelmäßig dazu befragt.

Am 4. Juni 2020 sagte Friedrich Merz in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Wir haben in der Union eine klare Reihenfolge festgelegt. Erst wählt die CDU ihren Vorsitzenden, danach entscheiden CDU und CSU, wer der gemeinsame Kanzlerkandidat wird. [...] Ich sehe Markus Söder nicht als einen Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur. Ich nehme seine Äußerung ernst, dass er in Bayern bleiben will.“ Wenig später äußerte sich Laschet in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* am 14. Juni ganz ähnlich.

Am 6. Juli 2020 unterstrich Markus Söder zu den anhaltenden Spekulationen um seine Kanzlerkandidatur in einer Videokonferenz des CSU-Parteivorstands erneut: „Mein Platz ist immer in Bayern. Ich führe die Debatte ja nicht, es wird ja ständig über mich geredet, und zwar von allen.“⁶¹ Im *ARD-Sommerinterview* am 2. August ergänzte er: „Die derzeitigen Umfragewerte sind keine reellen. [...] Wenn ich sage, mein Platz ist in Bayern, dann ist das nicht nur irgend so ein Satz, den man so daher sagt, sondern das hat dann schon eine echte Schwere

58 Zit. nach ntv, 10. Februar 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-will-nicht-Kanzlerkandidat-werden-article21567669.html> (Abruf: 15. Juli 2025).

59 Zit. nach SZ online vom 17. Februar 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/muenchen-soeder-kanzlerkandidatenkuer-macht-erst-ende-2020-sinn-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200217-99-945595> (Abruf: 15. Juli 2025).

60 Vgl. Erklärung der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer vom 12. März 2020, <https://archiv.cdu.de/node/49398> (Abruf: 16. Juli 2025).

61 Zit. nach: SZ vom 6. Juli 2020

dahinter.“ Das Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur liege ohnehin bei der Schwesterpartei CDU.⁶²

Ebenfalls am 2. August 2020 antwortete Markus Söder in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* auf die Frage: „Ihr Standardsatz lautet: Mein Platz ist in Bayern. Ist Ihr Platz ausschließlich und in den nächsten Jahren definitiv in Bayern oder ist das nur ein taktischer Nebelsatz für den Moment“ wieder mit den Worten: „Was ich sage, meine ich ernst. Natürlich freut es mich, dass man mir laut Umfragen auch andere Aufgaben zutrauen würde. Aber gleichzeitig wollen mich die Bayern als Ministerpräsidenten behalten. Das ist für mich schon sehr wichtig. Die CDU hat das Vorschlagsrecht für den Kanzlerkandidaten und war immer die Kanzlerpartei. Es gibt gute Gründe, warum die CSU nie den Kanzler gestellt hat. Ich werde mit voller Kraft mithelfen, dass es Deutschland gut geht, aber meine Aufgabe ist in Bayern.“

Am 18. Dezember 2020 äußerte sich Armin Laschet bei der Vorstellung einer Söder-Biographie ganz ähnlich. Zur Kanzlerkandidatur würden die Präsidien von CDU und CSU einen gemeinsamen Vorschlag machen: „Als Erstes wird Kanzlerkandidat der Union der, von dem wir alle glauben, dass er die größten Chancen hat zu gewinnen. Das bemisst sich allerdings nicht nur an Umfragen. Wir haben gerade erlebt: Die Umfragen von Markus Söder waren mal die schlechtesten in Deutschland, jetzt sind es die besten. Umfragen schwanken hin und her.“ Er habe die Wahlen in NRW 2017 gewonnen, obwohl die damalige Ministerpräsidentin Kraft in Umfragen weit vorne gelegen habe: „Deshalb wird nicht in Allensbach entschieden, wer Kanzlerkandidat wird.“⁶³

Der verschobene CDU-Parteitag konnte endlich am 16. Januar 2021 stattfinden, musste aber Online durchgeführt werden. Armin Laschet setzte sich dabei in der Stichwahl mit 521:466 Stimmen gegen Friedrich Merz durch.⁶⁴ Das galt allgemein als Vorentscheidung über die Kanzlerkandidatur. Die endgültige Entscheidung wollten CDU und CSU nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz treffen, die am 14. März 2021 stattfanden. Die CDU verlor beide Wahlen und blieb jeweils in der Opposition. Die Union ging dann auch mit sinkenden Umfragezahlen in die folgende Osterpause.

Am ersten Tag nach den Osterferien traf sich die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. April zu einer Klausurtagung. Es war klar, dass die Kanzlerkandidatenfrage jetzt zügig geklärt werden musste. Sowohl Armin

62 Zit. nach: ntv, 2. August 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-traut-guten-Umfragewerten-nicht-article21947849.html> (Abruf: am 16. Juli 2025).

63 Zit. nach: ntv, 18. Dezember 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Laschet-schliesst-CSU-Kandidaten-nicht-aus-article22245073.html> (Abruf: 16. Juli 2025).

64 Im 1. Wahlgang hatte Armin Laschet 380 Stimmen erhalten, Friedrich Merz 385 und Norbert Röttgen 224. Vgl. Stephan Eisel: Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

Laschet als auch Markus Söder erklärten im Fraktionsvorstand ihre Bereitschaft zur Kandidatur und traten damit dann gemeinsam vor die Presse. Von Laschet war dies erwartet worden. Söder hingegen beendete mit seiner öffentlichen Erklärung monatelange Spekulationen um eine Kandidatur, die er zunächst immer wieder zurückgewiesen und zuletzt selbst wieder angefacht hatte.⁶⁵ Jetzt sagte er: „Unglaublich viele Menschen aus beiden Parteien und auch darüber hinaus“ hätten ihn zu einer Kandidatur gedrängt: „Wenn dies Partei und Fraktion und die Mitglieder wollen, dann ist das für mich dann auch eine klare Sache, dass man dann nicht kneifen darf.“⁶⁶

Die beiden Parteivorsitzenden bekräftigten dann, eine gemeinsame Entscheidung zur Kandidatenfrage zu treffen. Nach Angaben von Teilnehmern in der Klausurtagung der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte Markus Söder seine Kandidatur dort an eine klare Bedingung geknüpft: „Wenn die CDU bereit wäre, mich zu unterstützen, wäre ich bereit. Wenn die CDU es nicht will, bleibt ohne Groll eine gute Zusammenarbeit.“⁶⁷

Mit den Bewerbungen von Amin Laschet und Markus Söder um die Kanzlerkandidatur der Union standen erstmals in der über 70-jährigen Geschichte der Schwesterparteien die Vorsitzenden von CDU und CSU selbst im direkten Wettbewerb um das gleiche Amt. Dieser Wettbewerb eskalierte schnell zum Konflikt.

Söders „Hinterzimmer“-Vorwurf

Noch am Abend des 11. April formulierte Markus Söder in einem Interview mit dem Bayerischen Fernsehen mit einem folgeschweren Vorwurf seine Skepsis gegenüber Gremienentscheidungen der CDU. Die Kandidatenfrage dürfe „nicht nur im kleinsten Hinterzimmer entschieden werden“. Neben den Fraktionen müssten sich Parteimitglieder „zumindest über Social Media“ einbringen können.⁶⁸

Am 12. April traten dann die Führungsgremien von CDU und CSU zu getrennten Sitzungen zusammen. Man hatte verabredet, ein Meinungsbild ohne formelle Abstimmung einzuholen, um keinen der beiden Kandidaten zu beschädigen und ihnen zugleich einen Weg zu der von beiden vor den Medien angekündigten gemeinsamen Lösung offen zu lassen.

65 Vgl. zum Beispiel Interview mit Markus Lanz im ZDF am 6. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=6dnb3gHY7Qs> (Abruf: 16. Juli 2025).

66 Zit. nach Videomitschnitt des Pressestatements von Markus Söder bei ntv 11. April 2021, <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-Ich-bin-bereit-zu-dieser-Kandidatur-article22482769.html> (Abruf: 17. Juli 2025).

67 Zit. nach SZ vom 11. April 2021.

68 Zit. nach BR24 Videomitschnitt, 11. April 2021, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/da-kneift-man-nicht-soeder-im-br-interview-zur-kanzlerfrage,SUIhANB> (Abruf: 18. Juli 2025).

CDU-Parteivize Volker Bouffier teilte nach der Sitzung des CDU-Präsidiums am Vormittag mit, dort habe man Laschet „ohne Ausnahme“ unterstützt und „deutlich gemacht, dass wir ihn für außergewöhnlich geeignet halten“.⁶⁹ Nach der anschließenden Sitzung des CDU-Bundesvorstandes sagte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak: „Das Meinungsbild ist eindeutig. Es gibt eine breite Unterstützung für Armin Laschet als Kanzlerkandidat für CDU und CSU.“ Armin Laschet bestätigte, dass in den Gremien auch die aktuellen Umfrageergebnisse erörtert worden seien, die Söder deutlich vor Laschet sahen: „Aber jeder hatte unzählige Beispiele bei der Hand, wie Umfrageergebnisse sich in kürzester Zeit verändern können.“⁷⁰

Am Nachmittag des 12. April sprach sich dann das CSU-Präsidium für Söder als Kanzlerkandidaten aus. Trotz des klaren Votums der CDU-Führungsgremien, Laschet zu unterstützen, hatte Söder seine Kandidatur nicht wie allgemein erwartet zurückgezogen, sondern bestritt erneut die Legitimation dieser Gremien, für die CDU zu sprechen. Er sagte in einer Pressekonferenz am Nachmittag des 12. April: „Es kann nicht sein, dass ein kleines Präsidium entscheidet und sagt: ‚Basta, so ist es.‘“⁷¹ Es sei zwingend, auch andere Stimmen zu hören.

Am Abend des gleichen Tages fügte Söder in einem Fernseh-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk auf die Frage, ob er damit nicht wortbrüchig geworden sei, hinzu: „Natürlich macht es nur Sinn zu kandidieren, wenn man breite Unterstützung aus der CDU hat. Das heißt aber nicht nur das Gremium des Parteipräsidiums. Das ist ja ein relativ ausgewählter Kreis – und da habe ich Respekt vor dieser Entscheidung, das sage ich ausdrücklich: das ist ein wichtiger Punkt. Aber wenn man sieht, was im Laufe des Tages aus den Verbänden der CDU, aus Bezirks- und Landesverbänden durch – eine sagen wir einmal – anderslautende Ideenfindung stattfand, wenn man hört, dass es in der Fraktion wohl großen Diskussionsbedarf gibt, dann denke ich, ist es klug, dass man nicht nur in einem kleinen Hinterzimmer entscheidet.“⁷² Geflissentlich erwähnte Söder nicht, dass neben dem CDU-Präsidium auch der CDU-Bundesvorstand mit Vertretern aller CDU-Landesverbände und Parteivereinigungen Laschet unterstützt hatte.

Am 13. April wiederholte Söder vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, es sei entscheidend, nicht nur Gremien zu überzeugen. Man müsse „die Basis und die Wähler begeistern“. Der damalige Verkehrsminister Andreas Scheuer

69 Zit. nach: dpa, 12. April 2021, <https://www.allgaeuer-zeitung.de/panorama/laschet-cdu-will-parteichef-als-kanzlerkandidat-103470415> (Abruf: 17. Juli 2025).

70 Zit. nach: ntv, 12. April 2021, <https://www.n-tv.de/politik/Laschet-will-versuchen-heute-mit-Soeder-zu-sprechen-article22484678.html> (Abruf: 17. Juli 2025).

71 Zit. nach: Die Welt vom 2. April 2021.

72 Zit. nach: Video des Bayerischen Fernsehens, 12. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=UjDfmUrcsO4> (Abruf: 18. Juli 2025).

(CSU) ergänzte: „Wir sind keine Vorstandspartei.“⁷³ Noch am 13. April schrieb Friedrich Merz an die CDU-Mitglieder in seiner sauerländischen Heimat: „Die CSU stellt das Votum des höchsten Führungsgremiums der CDU infrage!“⁷⁴

Der Wettbewerb zwischen zwei Kandidaten wurde zur Auseinandersetzung darüber, ob über die Kanzlerkandidatur in den gewählten Führungsgremien der Parteien entschieden werden oder dies durch andere im Diffusen liegende Verfahren ersetzt werden sollte. Schon am 17. April wies die frühere CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in aller Deutlichkeit auf den Kern des Konflikts hin. Wenn man die Legitimität von Parteigremien in Frage stelle und sie als „Hinterzimmer“ bezeichne, schade das nicht nur „dem gegenseitigen Respekt, der Zusammenarbeit in der Union“. Es schade „auch den repräsentativen Strukturen, die wir in der Bundesrepublik haben“.⁷⁵

Der durch Söders „Hinterzimmer“-Vorwurf ausgelöste Konflikt wurde eine Woche lang unter großer medialer Begleitung ausgetragen. Es ging im Kern darum, ob die Union an ihrer Bindung an die repräsentative Demokratie mit ihren geordneten und transparenten Verfahren und Verantwortlichkeiten festhält oder stattdessen einem populistisch-plebiszitären Zeitgeist nachgibt, der andere Parteien längst erfasst hat.

Demoskopische Popularitätswerte als Entscheidungskriterium

Markus Söder stellte dem seiner Meinung nach „veralteten Demokratieverständnis“⁷⁶ der CDU neben den höchst manipulativen volatilen „social media“ immer wieder Umfragen gegenüber, in denen er mit seinen Popularitätswerten seit einiger Zeit vor Laschet gelegen hatte. Auch vor der entscheidenden Bundesvorstandssitzung der CDU am 19. April hatte Söder noch einmal darauf hingewiesen: „Man soll Umfragen in der Tat nicht überschätzen, aber sie sind einige der wenigen Maßstäbe, die man hat, um im Moment unsere Entscheidungen zu hinterfragen.“⁷⁷

Auf diese Umfrage-Fixierung bezog sich auch die höchst problematische Aussage von Ministerpräsident Reiner Haselhoff, mit der er – selbst vor Landtagswahlen stehend – am 15. April 2021 gegenüber dem *Spiegel* seine Unterstützung für Markus Söder begründete: „Leider geht es jetzt nur um die harte

73 Zit. nach: Merkur.de vom 15. April 2021 (Abruf: 18. Juli 2025).

74 Zit. nach: Der Spiegel vom 13. April 2021. Am 17. April 2021 wurde Merz, der 2009 aus dem Bundestag ausgeschieden war, in seinem alten Wahlkreis Hochsauerland erneut zum Bundestagskandidaten nominiert.

75 Zit. nach: SZ vom 19. April 2021.

76 Zit. nach: Nürnberger Nachrichten vom 24. April 2021

77 Zit. nach: Videomitschnitt der Pressekonferenz von Markus Söder am 19. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=FN3gbMgJEIQ> (Abruf: 21. Juli 2025).

Machtfrage: Mit wem haben wir die besten Chancen? Es geht nicht um persönliche Sympathie, Vertrauen oder Charaktereigenschaften.“

Dass Umfragen unzuverlässig sein können, hatten die Hauptprotagonisten schon bei den bis dahin einzigen Wahlen erfahren, bei denen sie selbst als Spitzenkandidaten angetreten waren: Für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 sahen Umfragen in den Monaten vor der Wahl die SPD vor der CDU, am Wahltag hatte sich die Reihenfolge zugunsten der CDU gedreht. Mit dem Spitzenkandidaten Laschet erreichte die Partei gegenüber 2012 einen Zuwachs von 6,7 Prozent und erhielt 33 Prozent der Stimmen. In Bayern hatten Umfragen ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2018 die CSU noch bei 42–44 Prozent gesehen. Tatsächlich landete sie am 14. Oktober 2018 mit dem Spitzenkandidaten Söder bei 37,2 Prozent und verlor 10,7 Prozent gegenüber der letzten Landtagswahl. Es ließen sich viele ähnliche Beispiele anführen: Schon legendär ist das kurzfristige Umfragehoch des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz Anfang 2017, das eine dramatische Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl wenige Monate später nicht verhinderte.

Oft wird übersehen, dass demoskopische Popularitätswerte viel mit medialer Präsenz zu tun haben und nicht mit Zustimmung verwechselt werden dürfen. Bei Söders Umfrage-Hoch ab Frühjahr 2020 gab es einen direkten Zusammenhang zum Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz, den er im Oktober 2019 übernommen hatte. Dadurch war er seit Beginn der Corona-Krise im Fernsehen ständig an der Seite von Angela Merkel zu sehen. Erst ab diesem Zeitpunkt nahm seine Umfrage-Popularität zu. Zuvor hatte sie auf dem gleichen Niveau wie bei Laschet gelegen. WDR-Programm-Direktor und Umfrage-Spezialist Jörg Schönenborn bezeichnete am 15. April 2021 die Söder-Werte als „optische Täuschung“, weil sie nur ein Spiegel dessen seien, „was die aktuelle Berichterstattung gerade zeigt“.⁷⁸

Dass der Kern demoskopischer Popularität die Bekanntheit der jeweiligen Person ist, zeigt auch die Methodik zum Beispiel der Forschungsgruppe Wahlen. Sie beschreibt die Ermittlung der „Top-Ten“-Liste des „Politbarometers“ so: „Die Ermittlung erfolgt in zwei Schritten. Zunächst stellt die Forschungsgruppe Wahlen ohne Namen vorzugeben ca. alle zwei Monate folgende Frage: ‚Wer sind Ihrer Meinung nach zurzeit die wichtigsten Politiker und Politikerinnen in Deutschland?‘“ Die Ergebnisse auf diese Frage liefern eine Rangliste der wichtigsten Politiker und Politikerinnen in Deutschland. Davon werden die zehn am häufigsten genannten Politikernamen in einem zweiten Schritt beim darauffolgenden Politbarometer den Befragten zur Bewertung vorgelegt.“⁷⁹

78 The Pioneer Briefing von Gabor Steingart (Podcast), 15. April 2021, <https://www.thepioneer.de/originals/thepioneer-briefing-business-class-edition/podcasts/historisches-glueck-fuer-die-gruenen> (Abruf: 22. Juli 2025).

79 Zit. nach: Forschungsgruppe Wahlen, <https://www.forschungsgruppe.de/FAQ/#Politiker> (Abruf: 5. August 2025).

Ohne den entsprechenden Bekanntheitsgrad kommt es also gar nicht zu einer demoskopischen Bewertung der Person.

Mit seinem Plädoyer für persönliche Popularitätswerte als zentralem Entscheidungskriterium für die Kanzlerkandidatenfrage stellte Markus Söder das bisherige Selbstverständnis der CDU in Frage. Selbst ihre verkürzte Beschreibung als reiner „Kanzlerwahlverein“ bringt nämlich zum Ausdruck, dass sich zuerst in Führungspositionen der Partei bewähren musste, wer als Kanzlerkandidat an die Spitze rückte. Mit Ausnahme von Erhard und Kiesinger waren alle Kandidaten Parteichefs bevor (!) sie Kanzler wurden. Legitimation durch die Wahl zum Parteivorsitzenden war ihre Stärke, wenn sie hier das Vertrauen verloren, war ihr Scheitern vorprogrammiert. Natürlich spielte die Frage nach der Beliebtheit in der Bevölkerung eine Rolle, aber wesentlich wichtiger war und ist die Kompetenzvermutung. So waren Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel keine Umfrageliebliche. Wahlen gewannen sie trotzdem. Wolfgang Schäuble hat es in seiner Antwort auf Söders Popularitätspopulismus am 13. April 2021 in der *BILD* auf den Punkt gebracht: „Wir gewinnen die Wahl als CDU am besten, wenn wir sagen, wer danach das Land am besten regiert.“

Populäre Kandidaten garantieren keine Wahlerfolge

Söder stellte seiner Fokussierung auf demoskopische Beliebtheitswerte nicht inhaltliche Fragen in den Mittelpunkt seiner Bewerbung um die Kanzlerkandidatur, sondern war auf die Person fixiert. So sagte er zum Beispiel bei seiner Pressekonferenz am 12. April: „Meistens ist es ja so, dass Personen die Parteien in der Wahl ziehen und nicht umgekehrt.“⁸⁰ Am Tag darauf wiederholte er in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Es sind Personen, die Wahlen entscheiden.“ Deshalb könne man persönliche Popularitätswerte nicht ignorieren.⁸¹

Hier hatte ihm die ÖVP in Österreich die Vorlage geliefert: Als nach einer Serie von Wahlniederlagen im Mai 2017 deren Vorsitzender zurücktrat, nutzte der junge Europaminister und frühere langjährige Vorsitzende der „Jungen ÖVP“, Sebastian Kurz, dieses Machtvakuum und übernahm den Vorsitz und richtete innerhalb kürzester Zeit die Partei völlig auf seine Person aus. Kurz rief „Die neue Volkspartei“ aus, setzte durch, dass die ÖVP bei den Nationalratswahlen 2017 unter dem Namen „Liste Sebastian Kurz“ antrat und ließ sich zusichern, dass seine Personalvorschläge für diese Liste übernommen würden.⁸² Die ÖVP hatte sich damit selbst kastriert. Kurz war mit diesem fast ausschließ-

80 Zit. nach: Videomitschnitt, <https://www.youtube.com/watch?v=UjDfmUrcsO4> (Abruf: 6. August 2025).

81 Zit. nach Merkur vom 15. April 2021 online, <https://www.merkur.de/politik/soeder-laschet-kanzlerkandidat-cdu-csu-union-merkel-bundestagswahl-showdown-zr-90406149.html> (Abruf: 6. August 2025).

82 Vgl. Kurier vom 13. Mai 2017 – online, <https://kurier.at/politik/inland/eigene-liste-kurz-stellt-oevp-sieben-bedingungen/263.708.528> (Abruf: 8. August 2025).

lich personenbezogenen Konzept bei den Wahlen 2017 und 2019 erfolgreich und konnte die Regierung bilden. Zum Zeitpunkt der Debatte um die Kanzlerkandidatur der Union im Frühjahr 2021 galt er vielen noch als Erfolgsmodell. Sein Rücktritt im Oktober 2021 wegen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen mit dem Verdacht der Untreue und Bestechlichkeit hat allerdings gezeigt, welche Risiken ein derart personenfixiertes Politikverständnis in sich birgt.

In einem Interview mit den *Nürnberger Nachrichten* am 24. April 2021 beklagte Söder nach der Laschet-Entscheidung des CDU-Bundesvorstandes einerseits, ihm sei zu Unrecht vorgeworfen worden, „wie Sebastian Kurz in Wien oder wie Emmanuel Macron in Paris (zu) handeln“, um dann andererseits hinzuzufügen: „Zumindest haben beide Wahlen gewonnen.“

In Frankreich stehen mit der Direktwahl des Präsidenten übrigens per Verfassung Personen im Mittelpunkt. Emmanuel Macron war 2012 als Berater des sozialistischen Präsidenten François Hollande in den Élysée-Palast eingezogen und wurde 2014 Wirtschaftsminister. 2016 trat er zurück, gründete seine eigene politische Bewegung „La République en marche“ (LREM), erreichte als unabhängiger Kandidat 2017 die Stichwahl um das Präsidentenamt und besiegte dort die rechtsextreme Marine Le Pen. Die Regionalwahlen in Frankreich zeigten im Juni 2021 aber, dass es Macron nicht gelungen ist, seine personenbezogene Bewegung als stabile politische Kraft in Frankreich zu verankern.

Während Kurz einen Amtsinhaber besiegt und Macron sich im Wettbewerb um das Präsidialamt gegen eine extreme Bewerberin durchgesetzt hatte, stellt sich in Deutschland das Bild differenzierter dar. Bei 21 Bundestagswahlen von 1949 bis 2025 haben unabhängig von ihren persönlichen Popularitätswerten nur viermal die Amtsinhaber verloren (Kiesinger 1969, Kohl 1998, Schröder 2005 und Scholz 2025). Bei den 34 Landtagswahlen zwischen 2015 und 2025 verloren die Amtsinhaber ebenfalls nur viermal. Es handelt sich also in Deutschland eher um einen Amtsinhaber-Bonus als um einen Personen-Bonus: Im Mittelpunkt steht offenbar die Bewertung der Politik und weniger der Person.

Das gilt umgekehrt auch für die vier Ausnahmen: 2017 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, 2023 in Berlin und 2024 in Thüringen. Hier haben die Amtsinhaber verloren, obwohl sie in der persönlichen Popularität ihre Herausforderer deutlich hinter sich gelassen hatten. So hatte im Norden Ministerpräsident Torsten Albig im direkten Vergleich ebenso eindeutig vor Daniel Günther gelegen wie in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vor Armin Laschet und Ministerpräsident Bodo Ramelow vor Mario Voigt in Thüringen beziehungsweise die Berliner Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey vor Kai Wegner. Würde das Söder'sche Prinzip „Personen ziehen Parteien“ dominieren, hätten Albig, Kraft, Ramelow und Giffey gewinnen müssen. Sie konnten aber die Grundregel nicht durchbrechen, nach der bei ent-

sprechend schlechter Bilanz Regierungsparteien abgewählt werden, auch wenn die Spitzenkandidaten populär sind.

Die Intransparenz eines medial verstärkten Basis-Mythos

Nachdem Markus Söder schon am 11. April seine Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur mit der Abwertung von CDU-Führungsgremien als „Hinterzimmer“ verbunden hatte, legte er bei der Pressekonferenz nach einer Sitzung des CSU-Präsidiums am 12. April noch einmal nach. Zur Unterstützung für Armin Laschet in Präsidium und Bundesvorstand der CDU sagte er: „Wir leben in einer moderneren Form der Demokratie. Nicht zehn oder zwanzig oder dreißig Leute entscheiden allein, sondern Wahlen gewinnt man nur mit einer richtigen breiten Unterstützung und der aktiven Mitgliederschaft.“⁸³ Söder nahm für sich in Anspruch, er habe für seine Bewerbung „unheimlich viele Aufforderungen bekommen – aus der CSU sowieso, aber auch aus der CDU“. Man müsse jetzt in die in die Partei und Fraktion „hineinhorchen“. „Parteien in dieser Zeit können nicht einfach von oben geführt werden.“ Er wolle eine „breite Mehrheit der CDU, aber diese breite Mehrheit muss sich auch noch einmal gesamt dokumentieren, nicht nur durch Beschluss“.⁸⁴ Wie eine breite Mehrheit in der CDU ohne Beschluss festgestellt werden könne, sagte Söder nicht.

Wer allerdings versucht, die vielzitierte „Stimme der Basis“ konkret zu belegen, stößt schnell an Grenzen. So gab es in den Tagen nach Söders Kandidatur-Bekanntgabe nur ganz wenige Stellungnahmen von regionalen CDU-Gremien für ihn als Kanzlerkandidaten. Auf Landesebene wurde zunächst nur ein Beschluss des Präsidiums der Berliner CDU für Söder gemeldet.⁸⁵ Allerdings handelt es sich bei der Hauptstadt-CDU um einen kleinen Verband, der damals auf einem CDU-Parteitag nur 32 von 1.001 Delegierten stellte.

Obwohl andere Festlegungen ausblieben, übernahmen die Medien Söders Narrativ einer verbreiteten Stimmung zu seinen Gunsten in der CDU. Dafür wurden zum Teil absurde Belege ins Feld geführt. So stellten fast alle überregionalen Medien bis hin zu den Hauptnachrichten im Fernsehen dem eindeutigen „Stimmungsbild“ des CDU-Bundesvorstandes für Laschet vom 12. April einen Beschluss des Vorstandes des Ortsverbandes Düsseldorf-Lierenfeld für Söder gegenüber, dem damals nur 30 Mitglieder angehörten.⁸⁶ Die

83 Zit. nach Mitschnitt der CSU-Pressekonferenz vom 12. April 2021, Die Zeit vom 12. April 2021, <https://www.zeit.de/politik/2021-04/livestream-kanzlerkandidat-union-markus-soeder-csu-pressekonferenz> (Abruf: 20. Juli 2025).

84 Zit. ebd.

85 Vgl. Tagesspiegel vom 12. April 2021, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-cdu-spricht-sich-fur-soder-aus-5395033.html> (Abruf: 20. Juli 2025).

86 Vgl. dpa, 12. April 2021 und zum Beispiel Die Zeit vom 12. April 2021, <https://www.zeit.de/news/2021-04/12/cdu-ortsverein-im-laschet-land-spricht-sich-fuer-soeder-aus> (Abruf: 20. Juli 2025).

CDU insgesamt hat über 10.000 Ortsverbände. Es war schlicht unseriös, einen einzigen davon zur „Stimme der Basis“ zu stilisieren. In den folgenden Tagen immer wieder zitierte Einzelstimmen aus der CDU beriefen sich ihrerseits auf Gespräche, Telefonanrufe und Emails, deren tatsächliche Zahl aber schwer überprüfbar ist. Die mediale Verstärkung solcher Stimmungsbilder hat sicherlich auch einen Echoeffekt ausgelöst. Insgesamt lassen sich in Medien weniger als hundert regionale Funktions- und Mandatsträger der CDU nachweisen, die sich klar für Söder aussprachen.

Dem stand eine spontane Unterschriftensammlung „Union für Laschet“ gegenüber, der sich nach dem 12. April 475 aktuelle und ehemalige Funktions- und Mandatsträger aus allen Bundesländern mit einem Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen anschlossen.⁸⁷ Teilweise wurde dagegen im Söder-Lager argumentiert, man dürfe bei der CDU-Basis Stimmen aus Nordrhein-Westfalen nicht mitzählen, wie auch bayerische Stimmen in der CDU ausgespart wären. Eine derartige Aufteilung in CDU-Mitglieder erster und zweiter Klasse hätte nicht nur 130.000 nordrhein-westfälische CDU-Mitglieder – also fast ein Drittel aller CDU-Mitglieder – vom Meinungsbildungsprozess ausgespart, sondern wäre auch die Aufhebung des demokratischen Urprinzips „One (wo)man – one Vote“ gewesen.

Für die Behauptung einer Diskrepanz zwischen dem Votum des CDU-Bundesvorstandes pro Laschet und dessen Unterstützung an der Basis lassen sich objektiv nachvollziehbare Belege nicht finden. Medial verstärkte Einzelstimmen, die über „Stimmungsbilder“ berichten, sind dafür kein Ersatz. Ohne Zweifel gab es in der CDU Unterstützer für Söder, so wie sich übrigens in der CSU – allerdings medial fast völlig ignoriert – auch Unterstützer für Laschet zu Wort meldeten. Transparent und überprüfbar nachvollziehbar war allerdings das jeweilige Ausmaß nicht.

Ein Beispiel für die medial verzerrte Darstellung der Stimmung an der CDU-„Basis“ ist auch die vielfach zitierte Diskussion in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wo sich Laschet und Söder am 13. April 2021 vorstellten. Der Fraktion gehörten damals 245 Abgeordnete an, davon 200 von der CDU. Insgesamt kamen 66 Fraktionsmitglieder zu Wort. Alle 16 CSU-Abgeordneten, die sich zu Wort meldeten, unterstützten Söder. Von den 50 CDU-Abgeordneten, die sich

87 Vgl. dazu unter anderem dpa, 12. April 2021; General-Anzeiger Bonn vom 14. April 2021; ntv, 15. April 2021; Frankfurter Rundschau vom 16. April; Die Zeit vom 15. April 2021; SZ vom 19. April 2021. S. auch Alfons Pieper: Union? Es brodelt in der CDU – Eine kleine Aktion pro Laschet, in: Blog der Republik 14. April 2021, <https://www.blog-der-republik.de/union-es-brodelt-in-der-cdu-eine-kleine-aktion-pro-laschet/> (Abruf: 20. April 2021). Die Liste der Unterstützer liegt dem Autor vor.

an der Debatte beteiligten, sprachen 28 pro Söder und 22 pro Laschet.⁸⁸ Drei Viertel der CDU-MdBs äußerten sich in der Fraktionsvorsitzung nicht. Die Fraktionsdebatte – die offenbar von den Söder-Unterstützern wesentlich besser vor- und nachbereitet worden war als vom Laschet-Lager – hatte eine erhebliche mediale Wirkung, weil sie in der Folgezeit häufig als Beleg für die angebliche Stimmung an der Parteibasis angeführt wurde. Nach dem Präsidium der Berliner CDU stellten sich nun auch die Landesvorsitzenden der CDU in Hamburg und Thüringen hinter Söder. Dem schlossen sich die Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern an.

Das differenzierte Bild an der CDU-Basis

Selbst wenn man in diesen CDU-Verbänden eine einheitliche Unterstützung für Söder unterstellt – was nicht der Fall war –, kamen von dort wenig mehr als zehn Prozent der über 400.000 CDU-Mitglieder. Mediale Abfragen ergaben in anderen Landesverbänden zudem ein gemischtes Stimmungsbild. Die Vorsitzenden der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Sachsen legten sich nicht fest, die in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen stellten sich ebenso ausdrücklich hinter Laschet wie die Vorsitzenden von Sozialausschüssen, Frauen-Union, Mittelstandsvereinigung und Seniorenunion. Überprüfbare Voten aus CDU-Gremien unterhalb der Bundes- und Landesebene sind im Übrigen nur vereinzelt bekannt. So sprachen sich im Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz die Kreisvorsitzenden überwiegend für Söder aus. Ähnliches wurde aus dem Bezirksverband Koblenz-Montabaur berichtet.⁸⁹

In der entscheidenden Bundesvorstandssitzung am 19. April 2021 berichteten einige Landes- beziehungsweise Vereinigungsvorsitzende über die Stimmung in ihren Verbänden. Diese Sitzung fand als Videokonferenz statt. So war es möglich, dass einzelne Teilnehmer Journalisten eine unerkannte Teilnahme ermöglichten. Daraus folgte die Wiedergabe mancher Wortmeldungen in Echtzeit bei Twitter.⁹⁰

Das in der Vorstandssitzung beschriebene Stimmungsbild an der Basis war gemischt und keineswegs so eindeutig wie oft medial dargestellt. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Karl-Josef Laumann, eröffnete die Debatte mit

88 Auf Bild.de waren alle Wortmeldungen im Ticker zu verfolgen. Vgl. BILD vom 14. April 2021, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kanzlerkandidatur-der-union-soeder-gegen-laschet-machtkampf-um-deutschland-76056506.bild.html> (Abruf: 25. Juli 2025).

89 Vgl. Lokalo.de, 19. April 2021, <https://lokal.de/artikel/225602/cdu-verbaende-aus-rheinland-pfalz-tendieren-zu-soeder-sondersitzung-vorgezogen/> (Abruf: 21. Juli 2025). Vgl. FAZ vom 20. April 2021

90 Die folgenden Zitate stammen alle aus der Twitter-Timeline der Journalisten Robin Alexander (Welt, @robinalexander) und Paul Ronzheimer (BILD @ronzheimer), die die Sitzung erkennbar live verfolgt haben. Zum Verlauf der digitalen Sitzung im Einzelnen vgl. auch Berliner Morgenpost vom 21. April 2021 und Der Spiegel vom 20. April 2021.

dem klaren Statement: „Sozialausschüsse wünschen sich, dass Armin Kanzlerkandidat wird.“ Der Vorsitzende der Jungen Union, Tilmann Kuban, berichtete, dass 14 seiner 18 Landesverbände für Söder seien. Dabei erwähnte er nicht, dass die Junge Union lediglich ihre Landesvorsitzenden in einer Videokonferenz nach einem „Stimmungsbild“ in ihren Verbänden gefragt hatte. Nach deren subjektiver Einschätzung tendierte die Mehrheit in den 14 Landesverbänden – die Hälfte davon hatte deutlich weniger als 1.000 Mitglieder – zugunsten von Söder. Die nordrhein-westfälische Junge Union mit mehr als einem Drittel aller JU-Mitglieder war für Laschet.⁹¹ Der JU-Bundesvorstand hatte in dieser Phase bemerkenswerterweise weder getagt noch ein Votum abgegeben.

Daniel Günther sagte zur Stimmung in der CDU Schleswig-Holstein: „Die Mehrheit an der Basis ist nicht für Armin Laschet [...]. Ich habe auch viele Aussagen, dass Laschet ins Rennen gehen muss.“ Für Rheinland-Pfalz beschrieb Julia Klöckner eine Stimmung an der Basis für Söder. In Sachsen-Anhalt gab es nach der Darstellung von Ministerpräsident Reiner Haselhoff eine klare Stimmung für Söder. Er fügte hinzu, das sei die Stimmung überall in den neuen Bundesländern. Dem widersprach ausdrücklich der Brandenburger CDU-Vorsitzende Jan Redman: „Sein Präsidium mehrheitlich für Laschet, Kreisverbände ausgeglichen.“ Aus Mecklenburg-Vorpommern ergänzte der dortige Landesvorsitzende Sack: „Hatten erweiterten Landesvorstand. Deutliches Votum für Laschet.“ Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sprach von „einem Konflikt in unseren Reihen“. Über Baden-Württemberg berichtete die Vorstandsvorsitzende des Städtetages, Gudrun Heute-Bluhm: „Aus den Reihen der Bürgermeister habe ich eine ganz klare Ansage bekommen: Armin Laschet.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der 29 Mitglieder umfassenden CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament Markus Pieper hielt fest: „Die deutliche Mehrheit in unserer Fraktion ist für Laschet.“

Die Entscheidung für Laschet

Vor der entscheidenden Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am Abend des 19. April 2021 hatte Markus Söder nach einer Sitzung des CSU-Präsidiums erneut erklärt, dass seine Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur ein Angebot sei, „wenn eine breite Mehrheit der CDU, dies will und trägt. [...] Es handelt sich bei dieser ganz entscheidenden Personalfrage nicht um einen Streit zwischen CDU und CSU, sondern es geht letztlich um eine Entscheidung und Diskussion innerhalb der CDU. [...] Breite Unterstützung [...] ist wenn Vorstand, Fraktion und Basis das gemeinschaftlich wollen. [...] Ich habe ausdrücklichen Respekt – damit da kein Missverständnis aufkommt – vor allen Gremien [...] Ich bin ein Anhänger und Verteidiger der repräsentativen Demokratie [...]. Also Respekt

91 Vgl. ntv, 18. April 2021, <https://www.n-tv.de/politik/Junge-Union-schlaegt-sich-auf-Soeders-Seite-article22498372.html> (Abruf: 14. August 2025).

vor den Gremien ist selbstverständlich.“ Zugleich fügte er relativierend hinzu: „Aber es ist auch wichtig, Respekt und Interesse für Mitglieder, Abgeordnete und auch die Bevölkerung draußen zu finden, die uns letztlich trägt und in deren Einklang wir sein wollen. Eine moderne repräsentative Demokratie vereint beides und denkt gemeinsam: Die Gremien, aber umgekehrt auch die Mitglieder und die Bevölkerung, die uns hier tragen. [...]. Jetzt meine Bitte [...] an die CDU, jetzt das Meinungsbild abzurunden und das wir es auch dann gemeinsam abschließen.“ Zum Schluss betonte er erneut: „Wo und wie entscheidet die CDU allein, auch welches Gremium das ist. Wenn der Bundesvorstand das ist, dann werden wir das respektieren [...]. Meine Entscheidung war und ist immer ein Angebot [...]. Aber die Entscheidung darüber, ob dieses Angebot angenommen werden kann oder nicht, kann nur die CDU letztlich treffen.“⁹²

Damit hatte auch Söder trotz seiner wiederholten „Hinterzimmer“-Vorwürfe anerkannt, dass die Entscheidung beim CDU-Bundesvorstand lag, der sich dann in der Nacht vom 19. auf den 20. April in einer geheimen Abstimmung mit einem klaren 31:9-Votum (bei sechs Enthaltungen) für Armin Laschet entschied. An der Abstimmung hatten mit Ausnahme von Angela Merkel alle stimmberechtigten Vorstandsmitglieder teilgenommen. In mehreren Wortmeldungen in dieser Sitzung war auch deutlich geworden, dass manche Vorstandsmitglieder tatsächlichen oder vermeintlichen Stimmungen in ihren Verbänden nicht folgen wollten. Sie beriefen sich auf die Freiheit des Mandats und wollten sich dem Zwang eines imperativen Mandates nicht unterwerfen. Der stellvertretende Chefredakteur der *WELT*, Robin Alexander schrieb dazu treffend: „Debatte im CDU-Vorstand ist auch Lehrbeispiel für Konflikt klassische repräsentative Demokratie vs moderne Stimmungs-/Demoskopiedemokratie.“⁹³

In den (digitalen) Medien kursierte im Anschluss an das Votum für Laschet die falsche Behauptung, im CDU-Bundesvorstand hätten an dieser Abstimmung Landesvorsitzende und Ministerpräsidenten nicht teilgenommen und nur deshalb sei das Ergebnis so klar für Laschet ausgefallen. Tatsächlich waren vier der sechs CDU-Ministerpräsidenten (Bouffier, Haseloff, Kretschmer, Laschet) stimmberechtigte gewählte Vorstandsmitglieder. Lediglich kooptiert waren die Ministerpräsidenten Günther und Hans, von denen sich einer öffentlich für Laschet und der andere für Söder ausgesprochen hatte. Auch sieben der 17 CDU-Landesvorsitzenden waren gewählte und damit stimmberechtigte Vorstandsmitglieder (Althusmann, Breher, Bouffier, Klöckner, Kretschmer, Laschet, Strobl). Von den zehn nicht stimmberechtigten, sondern lediglich kooptierten Landesvorsitzenden hatten sich vier für Laschet und sechs für Söder positio-

92 CSU-Presskonferenz am 19. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=FN3gbMgJEIQ> (Abruf: 2. August 2025).

93 Vgl. dazu auch Welt-TV, 20. April 2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/video230536025/Robin-Alexander-ueber-Entscheidung-fuer-Laschet-als-Kanzlerkandidat.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web> (Abruf: 22. Juli 2025).

niert. Selbst wenn also alle Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden mitgestimmt hätten, hätte sich das Ergebnis nur um zwei Stimmen zugunsten Söders verändert.

Trotz des klaren Votums des CDU-Bundesvorstandes zugunsten von Laschet wurde die Debatte über die Kanzlerkandidatur vom unterlegenen Kandidaten und dessen Anhängern immer wieder neu befeuert. Schon am 20. April sagte der CSU-Generalsekretär Markus Blume bei der CSU-Pressekonferenz, bei der Söder seine Kandidatur mit Verweis auf das Votum des CDU-Bundesvorstands zurückzog: „Markus Söder war erkennbar der Kandidat der Herzen. Aber in der Demokratie und gerade auch in der innerparteilichen Demokratie entscheidet etwas anderes, nämlich am Ende die Mehrheit.“⁹⁴

Diese öffentliche Delegitimierung des CDU-Vorstandsvotums setzte sich fort. Auf die Frage der *Nürnberger Nachrichten*: „Mittlerweile haben Sie in Ihren „Hinterzimmern“ getagt. Wie ist die Reaktion des CSU-Vorstandes oder des Parteipräsidiums auf Ihre Verunglimpfung der Gremien der Schwesterpartei?“ antwortete Söder am 24. April: „Da war nichts abwertend gemeint. Natürlich sind Gremien wichtig, aber ich wundere mich über ein sehr veraltetes Demokratieverständnis. Es gibt einen großen Wunsch der Bürger nach Beteiligung in Zeiten von hohen Partizipationsmöglichkeiten durch social media und Basisbefragungen. Das darf man nicht ausblenden.“ Und weiter: „Wer den Bürgern die Möglichkeit der Teilnahme an Entscheidungsprozessen mit dem Hinweis auf Formalitäten verweigert, der muss gute Argumente dafür haben. Ich finde jeweils keine.“

Es folgten viele ähnliche Äußerungen. Noch im *ZDF*-Sommerinterview am 1. August 2021 tat sich Markus Söder schwer, seine Niederlage zu akzeptieren: „Ich habe gesagt, ich mache ein Angebot, das muss zu hundert Prozent angenommen werden. Ich hätte wahrscheinlich gewonnen, wenn ich so eine harte Auseinandersetzung gemacht hätte – knapp gewonnen, es hätte aber nicht getaugt für einen guten Wahlkampf.“ Obwohl sich nur zwei der sechs CDU-Ministerpräsidenten (Haseloff und Hans) für ihn ausgesprochen hatten, meinte Söder in diesem Interview auch, dass ihn „die Mehrheit der Ministerpräsidenten-Kollegen“ unterstützt hätte.⁹⁵ Noch zwei Wochen vor der Bundestagswahl sagte CSU-Generalsekretär Markus Blume am 9. September 2021 dem *Spiegel*: „Natürlich stünden wir mit Markus Söder besser da. Die ungebrochen hohen Zustimmungswerte für Markus Söder zeigen, welches Potenzial wir als Union eigentlich haben.“

94 Zit. nach Redaktionsnetzwerk Deutschland, 20. April 2021. <https://www.rnd.de/politik/armin-laschet-als-unions-kanzlerkandidat-gemischte-reaktionen-VGGMUFQAVWKO-QEKVMS4R3X2FLY.html> (Abruf: 15. Juli 2025).

95 Zit. nach *ZDF*-Sommerinterview 1. August 2021 – Videomitschnitt, https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=964677507434674 (Abruf: 15. Juli 2025).

Bei einem Verlust von 8,8 Prozent kamen die Unionsparteien bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 nur noch auf 24,1 Prozent der Stimmen. Mit einem Vorsprung von 0,6 Prozent wurde die SPD stärkste Fraktion und bildete die Regierung. In der Union und besonders der CDU wurde diese Wahlniederlage wesentlich auf die anhaltenden Querschüsse von Markus Söder auch im Wahlkampf zurückgeführt.

Diese Erfahrung hat sehr dazu beigetragen, dass sich CDU und CSU relativ schnell einigten, mit Friedrich Merz als Kanzlerkandidat zur vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 anzutreten. Er wurde am 23. September 2024 von den Präsidien von CDU und CSU einstimmig nominiert.⁹⁶ Schon am 17. September hatten Merz und Söder bei einer gemeinsamen Pressekonferenz ihre Einigung mitgeteilt, obwohl Söder in den Beliebtheitsumfragen 2024 regelmäßig deutlich vor Merz gelegen hatte.

Jetzt schob Söder diesen Aspekt im Unterschied zu 2021 zur Seite und sagte dazu: „Ich habe ein Versprechen gegeben, dass 2021 sich nicht wiederholen wird und ich halte Wort. [...] Friedrich Merz und ich, wir haben beide eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, eine hohe Akzeptanz und Relevanz auch in den Umfragen. Daher gehört es zum Selbstverständnis von CDU und CSU, dass beide Parteivorsitzende grundsätzlich geeignet sind für die zentrale politische Aufgabe unseres Landes, für die Kanzlerkandidatur. [...] Historisch gesehen ist es so, dass die CDU als größere Schwester das erste Zugriffsrecht hat. Auch das ist ein natürliches Recht. Friedrich Merz als Parteivorsitzender nimmt von diesem Anrecht Gebrauch, die CSU akzeptiert das, ich akzeptiere das – und zwar nicht zähneknirschend.“⁹⁷

96 Vgl. Tagesschau online, <https://www.tagesschau.de/inland/merz-union-kanzlerkandidat-100.html> (Abruf: 12. August 2025).

97 Zit. nach: Pressekonferenz von Friedrich Merz und Markus Söder am 17. September 2024 – Video bei tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesschau24/live/video-1380718.html> (Abruf: 12. August 2025).